

BStGer BV.2020.12 vom 15. Oktober 2020

Bundesstrafgericht, 2020-10-15, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger_BV.2020.12

FR: TPF BV.2020.12 du 15 octobre 2020

IT: TPF BV.2020.12 del 15 ottobre 2020

Regeste

Kostenerkenntnis (Art. 96 Abs. 1 VStrR). Entschädigung bei Einstellung (Art. 100 Abs. 4 VStrR).

Erwägungen

E. 1.1

Bei der Verfolgung und Beurteilung von Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz vom 13. Oktober 1965 über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG; SR 642.21) findet das Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0) Anwendung; verfolgende und urteilende Verwaltungsbehörde ist die ESTV (Art. 67 Abs. 1 VStG).

E. 1.2

Die Bestimmungen der Eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) sind insoweit ergänzend oder sinngemäss anwendbar, als das VStrR dies ausdrücklich festlegt (vgl. Art. 22, Art. 30 Abs. 2-3, Art. 31 Abs. 2, Art. 41 Abs. 2, Art. 43 Abs. 2, Art. 58 Abs. 3, Art. 60 Abs. 2, Art. 80 Abs. 1, Art. 82, Art. 89 und Art. 97 Abs. 1 VStrR). Soweit das VStrR einzelne Fragen nicht abschliessend regelt, sind die Bestimmungen der StPO grundsätzlich analog anwendbar (BGE 139 IV 246 E. 1.2 S. 248 E. 3.2 S. 249; Urteile des Bundesgerichts 1B_210/2017 vom 23. Oktober 2017 E. 1.1; 1B_91/2016 vom 4. August 2016 E. 4.1; zum Ganzen Urteil des Bundesgerichts 1B_433/2017 vom 21. März 2018 E. 1.1; vgl. auch TPF 2016 55 E. 2.3). Die allgemeinen strafprozessualen und verfassungsrechtlichen Grundsätze sind jedenfalls auch im Verwaltungsstrafverfahren zu berücksichtigen (BGE 139 IV 246 E. 1.2 und E. 3.2; TPF 2018 162 E. 3; 2017 107 E. 1.2 und E. 1.3; 2016 55 E. 2.3).

E. 1.3

Vorliegend führte die Beschwerdegegnerin gegen den Beschwerdeführer ein Verwaltungsstrafverfahren wegen des Verdachts auf Gehilfenschaft zur Hinterziehung der Verrechnungssteuer i.S.v. Art. 61 lit. a VStG. Es findet grundsätzlich das VStrR Anwendung.

E. 2.1

Wird das Verfahren eingestellt, kann der mit Kosten beschwerte Beschuldigte gegen das Kostenerkenntnis innert 30 Tagen seit Eröffnung des Entscheides bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts Beschwerde führen (Art. 25 Abs. 1 VStrR). Die Verfahrensvorschriften von Art. 28 Abs. 2-

E. 2.2

Der Beschuldigte, gegen den das Verfahren eingestellt wird, kann eine Entschädigung für die Untersuchungshaft und für andere Nachteile, die er erlitten hat, begehren (Art. 99 Abs. 1 VStrR). Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innert eines Jahres nach Eröffnung der Einstellung oder nach Eintritt der Rechtskraft des Entscheides geltend gemacht wird (Art. 100 Abs. 1 VStrR). Das Entschädigungsbegehren ist der beteiligten Verwaltung schriftlich einzureichen und hat einen bestimmten Antrag sowie dessen Begründung zu enthalten (Art. 100 Abs. 3 VStrR). Über das Begehren trifft die Verwaltung spätestens innert drei Monaten einen Entscheid. Das Stellen eines Entschädigungsbegehrens schon vor erfolgter Einstellung ist nicht ausgeschlossen (vgl. BGE 115 IV 156). Entsprechend kann die Verwaltungsbehörde die Frage der Entschädigung – statt wie vom Gesetz vorgesehen in einem formell separaten Verfahren – gleichzeitig mit der Einstellungsverfügung im Strafverfahren materiell behandeln (vgl. Entscheid des Bundesstrafgerichts BV.2005.3 vom 11. Mai 2005 E. 1.3). Gegen den Entscheid kann innert 30 Tagen seit der Eröffnung bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts Beschwerde geführt werden (Art. 25 Abs. 1 VStrR); die Verfahrensvorschriften von Art. 28 Abs. 2–5 VStrR gelten sinngemäss (Art. 100 Abs. 4 VStrR). Gemäss Art. 28 Abs. 4 VStrR ist die bei der unzuständigen Behörde eingereichte Beschwerde unverzüglich der zuständigen Behörde zu überweisen; rechtzeitige Einreichung der Beschwerde bei der unzuständigen Behörde wahrt die Beschwerdefrist.

E. 2.3

Das gegen den Beschwerdeführer eröffnete Verwaltungsstrafverfahren wurde am 4. März 2020 unter Kostenaufgabe eingestellt. Die Beschwerde wurde form- und fristgerecht erhoben. Der Beschwerdeführer ist von den ihm auferlegten Verfahrenskosten berührt und hat an der Aufhebung des Entscheids im Kostenpunkt ein schutzwürdiges Interesse, weshalb auf die Beschwerde diesbezüglich einzutreten ist. Demgegenüber ist auf die Beschwerde nicht einzutreten, soweit mit ihr eine Parteientschädigung für das vorinstanzliche Verfahren angebeht wird. Über das am 27. Februar 2018 gestellte Entschädigungsbegehren des Beschwerdeführers hat die Beschwerdegegnerin in der angefochtenen Einstellungsverfügung nicht entschieden. Mangels eines Anfechtungsgegenstandes ist auf den diesbezüglichen Antrag des Beschwerdeführers nicht einzutreten.

E. 2.4

Nach dem Gesagten ist auf die vorliegende Beschwerde einzutreten soweit sie sich gegen das Kostenerkenntnis richtet.

- 7 -

3.

3.1 Wird das Verfahren eingestellt, so können gemäss Art. 95 Abs. 2 VStrR dem Beschuldigten Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn er die Untersuchung schuldhaft verursacht oder das Verfahren mutwillig wesentlich erschwert oder verlängert hat. Trotz etwas anderer Formulierung ist die Tragweite dieser Bestimmung identisch mit derjenigen von Art. 426 Abs. 2 StPO, welche im ordentlichen Strafverfahren Anwendung findet. Es kann deswegen auf die Literatur und Rechtsprechung zu dieser Bestimmung zurückgegriffen werden (Beschluss des Bundesstrafgerichts BK.2011.4 vom 22. August 2011 E. 2.1; vgl. EICKER/FRANK/ACHERMANN, Verwaltungsstrafrecht und Verwaltungsstrafverfahrensrecht, Bern 2012, S. 285 Fn. 991).

3.2 Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts verstösst eine Kostenaufgabe bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens gegen die Unschuldsvermutung (Art. 32 Abs. 1 BV und Art. 6 Ziff. 2 EMRK), wenn dem Angeschuldigten in der Begründung des Kostenentscheids direkt oder indirekt vorgeworfen wird, es treffe ihn ein strafrechtliches Verschulden im Sinne des untersuchten Tatbestandes. Damit käme die Kostenaufgabe einer Verdachtsstrafe gleich. Dagegen ist es mit Verfassung und Konvention vereinbar, einem nicht verurteilten Angeschuldigten die Kosten zu überbinden, wenn er in zivilrechtlich vorwerfbarer Weise, d.h. im Sinne einer analogen Anwendung der sich aus Art. 41 OR ergebenden Grundsätze, eine (andere) geschriebene oder ungeschriebene Verhaltensnorm klar verletzt und dadurch das Strafverfahren veranlasst oder dessen Durchführung erschwert hat. Dabei darf sich die Kostenaufgabe in tatsächlicher Hinsicht nur auf unbestrittene oder bereits klar nachgewiesene Umstände stützen. Zwischen dem nicht strafrechtlich vorwerfbaren Verhalten und den durch die Untersuchung entstandenen Kosten muss ein adäquater Kausalzusammenhang bestehen. Das Sachgericht muss darlegen, inwiefern die beschuldigte Person durch ihr Handeln in zivilrechtlich vorwerfbarer Weise gegen eine Verhaltensnorm klar verstossen hat (Urteile des Bundesgerichts 6B_792/2016 vom 18. April 2017 E. 3.2; 6B_170/2016 vom 5. August 2016 E. 1.1; je mit zahlreichen Hinweisen auf die Rechtsprechung). Die Haftung der beschuldigten Person darf nicht weiter gehen, als der Kausalzusammenhang zwischen dem ihr vorgeworfenen fehlerhaften Verhalten und den Kosten verursachenden behördlichen Handlungen reicht (BGE 120 Ia 147 E. 3b; 119 Ia 332 E. 1b; 116 Ia 162 E. 2c-e; Urteile des Bundesgerichts 6B_181/2013 vom 29. August 2013 E. 1.3, 6B_614/2013 vom 29. August 2013 E. 2.4; 1B_180/2012 vom 24. Mai 2012 E. 2; TPF 2012 70 E. 6.3.1/6.4.2; 2009 151 E. 2.1; 2005 101 E. 2; s.a. TAOR-MINA/WÜST, Basler Kommentar, 2020, Art. 95 VStrR N. 13 ff.).

- 8 -

3.3 In der angefochtenen Einstellungsverfügung wurde dem Beschwerdeführer ein Drittel der Verfahrenskosten, d.h. Fr. 520.-- auferlegt (act. 1.1, S. 6). Die Kostenaufgabe begründete die Beschwerdegegnerin damit, dass der Beschwerdeführer das Verwaltungsstrafverfahren schuldhaft (mit-)verursacht habe. Namentlich sei die rückdatierte Zessionsvereinbarung, die als Grundlage für die Verbuchung der Darlehenszession und die Wertberichtigung gedient habe, unter Verantwortung des Beschwerdeführers erstellt und durch F. und G. unterzeichnet worden. Innerhalb der Gesellschaft E. habe der Beschwerdeführer weder die Revisionsabteilung noch die Steuerabteilung über den rückdatierten Vertrag und den tatsächlichen Sachverhalt orientiert. Nach Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärung habe der Beschwerdeführer die Zessionsvereinbarung dem Steueramt des Kantons Schwyz einreichen lassen. Über die mit dem Steueramt des Kantons Schwyz gehabte Besprechung und deren Vorhalten, dass ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliege, habe er weder F. noch G. orientiert. Als Steuerexperte und Geschäftsleiter hätten ihm die möglichen steuerlichen und steuerstrafrechtlichen Folgen von Anfang an bewusst gewesen sein müssen, die spätestens nach der Besprechung mit dem Steueramt des Kantons Schwyz absehbar gewesen seien. Daran ändere seine persönliche Auffassung nichts, dass keine geldwerte Leistung vorliege und keine Verrechnungssteuer geschuldet sei. Das Unterlassen der Deklaration der geldwerten Leistung und der Umstand, dass der Sachverhalt gegenüber den Steuerbehörden nicht offengelegt worden war, hätten den Tatverdacht gesetzt und den

Grund für die Eröffnung des Strafverfahrens gegeben. Die Beschuldigten hätten daher das Verfahren schuldhaft verursacht, weshalb ihnen die Verfahrenskosten aufzuerlegen seien (act. 1.1, S. 5).

3.4 Einleitend sei angemerkt, dass beide Parteien im Rahmen ihrer Eingaben im vorliegenden Beschwerdeverfahren an der Sache vorbei argumentieren. Sie fokussieren ihre Ausführungen auf die Frage, ob eine geldwerte Leistung vorlag, die der Verrechnungssteuer unterlag und welche Rolle dabei dem Beschwerdeführer zukam. Damit verkennen die Parteien, dass angesichts des vorliegenden Beschwerdegegenstandes nicht massgebend ist, ob eine Verrechnungssteuer tatsächlich geschuldet und ob das dem Beschwerdeführer vorgeworfene Verhalten als Gehilfenschaft zur Hinterziehung von Verrechnungssteuer zu qualifizieren ist. Diese Fragen sind im Zusammenhang mit der hier zu beurteilenden Kostenaufgabe nicht von Interesse. Vielmehr geht es angesichts des Beschwerdegegenstandes einzig darum zu prüfen, ob dem Beschwerdeführer neben dem strafrechtlichen Vorwurf ein zusätzliches zivilrechtliches oder verwaltungsrechtliches Verhalten vorgeworfen werden kann, welches das Verwaltungsstrafverfahren kausal verursacht hat, und zudem schuldhaft und widerrechtlich war. Eine Kostenaufgabe kommt

- 9 -

bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens in einem äusserst eingeschränkten Rahmen und lediglich in besonderen Konstellationen in Frage. Somit hätte die Beschwerdegegnerin die Kostenaufgabe mit einem Vorwurf begründen müssen, der nicht bereits vom strafrechtlichen Vorwurf umfasst ist. Ein solches Verhalten des Beschwerdeführers ist vorliegend nicht zu erkennen. Das Verwaltungsstrafverfahren gegen den Beschwerdeführer wurde wegen Gehilfenschaft zur Hinterziehung von Verrechnungssteuer eröffnet. Im Wesentlichen wurde er beschuldigt, den Steuerbehörden eine rückdatierte Zessionsvereinbarung eingereicht zu haben. Trotz der Einstellung der Untersuchung gegen den Beschwerdeführer auferlegte die Beschwerdegegnerin ihm die Verfahrenskosten im Wesentlichen genau mit der Begründung, er habe durch die Einreichung des rückdatierten Zessionsvertrages die Einleitung des Strafverfahrens verursacht. Dem Beschwerdeführer wird somit direkt vorgeworfen, er habe mit der Erstellung und Einreichung der mutmasslich rückdatierten Zessionsvereinbarung Gehilfenschaft zur Hinterziehung von Verrechnungssteuer geleistet. Die Ausführungen in der Verfügung vom 4. März 2020 wie auch in der Beschwerdeantwort der Beschwerdegegnerin zeigen deutlich, dass die hier zu beurteilende Kostenaufgabe gerade eine Verdachtsstrafe darstellt. Mit ihrer Argumentation verletzt die Beschwerdegegnerin die Unschuldsvermutung i.S.v. Art. 32 Abs. 1 BV und Art. 6 Ziff. 2 EMRK. Dementsprechend ist die Kostenaufgabe unzulässig und die Beschwerde ist gutzuheissen. Bei diesem Ausgang des Verfahrens wird die Beschwerdegegnerin über das Entschädigungsbegehren des Beschwerdeführers zu entscheiden haben. Bereits an dieser Stelle sei darauf hinzuweisen, dass der Kostenentscheid die Entschädigungsfrage präjudiziert (Beschluss des Bundesstrafgerichts BK.2011.4 vom 22. August 2011 E. 2.1; vgl. BGE 137 IV 352 E. 2.4.2; je m.w.H.).

3.5 Nach dem Gesagten erweist sich die Beschwerde als begründet, soweit darauf einzutreten ist. Die Einstellungsverfügung vom 4. März 2020 ist insoweit aufzuheben, als sie in Ziffer 2 des Dispositivs die Verfahrenskosten dem Beschwerdeführer auferlegt.

4.

4.1 Gerichtskosten werden in Anlehnung an das Verursacherprinzip in der Regel nach Obsiegen/Unterliegen verteilt (Beschluss des Bundesstrafgerichts BE.2013.16 vom 27. Februar 2014 E. 7; vgl. BGE 138 IV 225 E. 8.1 bis 8.2 zur Situation unter der StPO). Da der Beschwerdeführer in der Hauptsache obsiegt hat, sind keine Gerichtskosten zu erheben. Die Bundesstrafgerichts- kasse ist anzuweisen, dem Beschwerdeführer den geleisteten Kostenvor- schuss von Fr. 1'500.-- (act. 3) vollumfänglich zurückzuerstatten.

- 10 -

4.2 Bei diesem Ergebnis ist dem Beschwerdeführer in analoger Anwendung von Art. 68 Abs. 1 und 2 BGG eine Parteientschädigung zuzusprechen (vgl. Be- schlüsse des Bundesstrafgerichts BV.2018.25 vom 26. November 2018 E. 6.2; BE.2016.4 des Bundesstrafgerichts vom 17. Februar 2017 E. 2.3).

Art. 12 Abs. 2 des Reglements des Bundesstrafgerichts vom 31. August 2010 über die Kosten, Gebühren und Entschädigungen in Bundesstrafver- fahren (BStKR; SR 173.713.162) sieht vor, dass im Verfahren vor der Be- schwerdekammer die Anwältin oder der Anwalt spätestens mit der einzigen oder letzten Eingabe die Kostennote einzureichen hat, anderenfalls das Ge- richt das Honorar nach Ermessen festsetzt. Die Rechtsvertreter des Be- schwerdeführers reichten dem Gericht bis dato keine detaillierte Kostennote ein. Daher ist die Parteientschädigung für das vorliegende Verfahren ermes- sensweise auf Fr. 2'000.-- festzulegen (vgl. Art. 10 i.V.m. Art. 12 Abs. 2 BStKR). Damit hat die Beschwerdegegnerin dem Beschwerdeführer eine Parteientschädigung von Fr. 2'000.-- auszurichten.

- 11 -

E. 5

VStrR gelten sinngemäss (Art. 96 Abs. 1 VStrR). Mit der Beschwerde kann die Verletzung von Bundesrecht, die unrichtige oder unvollständige Feststel- lung des rechtserheblichen Sachverhalts oder die Unangemessenheit gerügt werden (Art. 28 Abs. 2 i.V.m. Art. 96 Abs. 1 VStrR).

- 6 -

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.